

gruene-hannover.de
Neue Internetseite



Jetzt online: Die neue Internetseite mit allen Inhalten der Grünen in der Region Hannover. Mehr auf

2 Jahre Region:
Gemeinsam gewinnen!



Seit 2 Jahren gibt es die Region Hannover. Was war gut? Was war schlecht? Ein Rückblick und Ausblick auf Seite

Grüne Jugend und
Campus Grün



Sie sind jung, sie sind aktiv und sie haben viel vor! Was Campus Grün und die Grüne Jugend

Sonstiges

- Aus dem Bundestag: Seite 4
- Aus dem Landtag: Seite 5
- Schwarz/Grün: Seite 7
- Aus der Region: Seite 8
- Aus dem Rathaus: Seite 9
- Vermischtes: Seite 10

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Hannovers Grüne Seiten

Mitteilungsblatt der GRÜNEN Hannover-Stadt • Dezember 2003

It's yourope!

Grüne sind die waren Europäer

Als die europäischste aller Parteien haben sich die Grünen auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Dresden präsentiert. Keine andere Partei plant einen gemeinsamen Wahlkampf mit den anderen europäischen Schwesterparteien und keine Partei hat eine so europäische Liste wie die Grünen. Mit Daniel Cohn-Bendit, ein Zugpferd, dass in Deutschland ebenso zu Hause ist, wie in Frankreich. Mit Cem Özdemir einen „anatolischen Schwaben“, der wie kein anderer zeigt, dass die Türkei schon längst auf dem Weg nach Europa ist. Und mit Milan Horacek, einen Vertreter der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegung, der das Zusammenwachsen Europas schon längst vorgelebt hat.

Dass diese sehr gute Liste von unserer Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Rebecca Harms, angeführt wird, zeigt wieder mal: Niedersachsen ist das Herz Europas...

Kein Wunder, dass auch der Beschluss zur Vermögenssteuer, mit dem wir Grüne uns für mehr Gerechtigkeit bei den anstehenden Reformen einsetzen, auf eine Initiative der LDK in Niedersachsen zurückgeführt. So war die BDK ein gelungenes Startsignal für einen erfolgreichen Europawahlkampf im kommenden Jahr, bei dem wir nicht nur auf gute Köpfe, sondern auch auf ein gutes Programm zurückgreifen können.

Einsparungen im Stadthaushalt

Kein Kürzen bei den Kurzen!

Die finanzielle Lage der Stadt ist schlecht. Das wissen wir spätestens seit dem Artikel von Werner Putzke, finanzpolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion, in der letzten Ausgabe der Grünen Seiten. Dass trotz massiver Notwendigkeit zu sparen, die politische Gestaltung nicht auf der Strecke bleiben muss, hat unsere Mitgliederversammlung am 6.12.2003 gezeigt. Rund 50 Mitglieder kamen am Nikolaustag ins Freizeitheim Ricklingen, um die Sparliste der Verwaltung durchzuarbeiten. In den Wochen zuvor waren die einzelnen Bereiche ausführlich in den Arbeitsgemeinschaften und einigen Stadtteilgruppen diskutiert worden. So wurde schnell deutlich, wo wir Grünen Änderungsbedarf sehen. Unstrittig ist, dass angesichts der Finanzsituation die Stadt der eigenen Verantwortung bei der Konsolidierung des Stadthaushaltes gerecht werden muss. Das Konsolidierungsvolumen von insgesamt 120 Millionen Euro, davon 44 Millionen Euro durch Aufgabenkritik, wurde



daher nicht in Frage gestellt.

Ebenso müssen jedoch auch der Bund und die Länder die Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten. So kann es nicht sein, dass die CDU/FDP regierten Länder im Bundesrat weiterhin den mit der Bundesregierung mühsam gefundenen Kompromiss zur Gemeindefinanzreform blockieren.

Für ein Leben mit Kindern

Bei allen akzeptierten, auch harten Einschnitten im Stadthaushalt, zog sich durch die Mitgliederversammlung das klare

Fortsetzung Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende und auch wir haben pünktlich zum Jahreswechsel ein weiteres großes Projekt beendet. So erstrahlt unser Internetauftritt im komplett neuen Gewand. Auf der Seite www.gruene-hannover.de findet ihr nun alle Infos von allen Grünen in der Region Hannover. Mehr dazu auf Seite drei. Schaut einfach mal auf der Internetseite vorbei und sagt uns, wie es euch gefällt.

Ebenso haben wir mit der Mitgliederversammlung einen weiteren Meilenstein hin zu soliden Stadtfinanzen passiert. Es hat sich gezeigt, dass wir in der Lage sind auch in der größten Not Grün zu gestalten.

Passend zur besinnlichen Weihnachtszeit haben wir uns in diesen Grünen Seiten die Zeit genommen, einmal das, was war und noch ist, Revue passieren zu lassen. So findet sich ein erstes Resümee der Region nach zwei Jahren und Berichte von den ersten schwarz/grünen Erfahrungen in unseren Bezirksräten.

Alles in allem zeigt sich, dass besonders unser Kreisverband gut aufgestellt ist und wir so frohen Mutes nicht nur in die Weihnachtspause gehen können, sondern auch mit voller Kraft gemeinsam die Aufgaben im Jahr 2004 bewältigen werden. Dazu zählt nicht zuletzt der Europawahlkampf, bei dem wir wieder auf eure Hilfe angewiesen sein werden.

In dem Sinne wünschen wir euch erst mal:

Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr!

LDK in Oldenburg:

StADE!

Das AKW Stade ist abgeschaltet! Und das war für die Landesdelegiertenkonferenz in Oldenburg ein guter Grund zu feiern.

Vielleicht lag es an der Feierstimmung, dass auch das restliche dichte Programm der LDK in großer Harmonie verlief. Wahrscheinlicher aber lag es an den Themen, die zur Abstimmung standen. So wurde unter der Überschrift „Mehr Gerechtigkeit in der Besteuerung – Vermögen verpflichtet!“ eine Mindestabgabe auf Vermögen beschlossen. Ein Beschluss der schließlich mit Grundlage für den Beschluss zur Vermögenssteuer auf der BDK wurde.

Außerdem setzte sich die LDK für die Einführung einer neunjährigen Basisschule ein. Damit soll den Ergebnissen der internationalen Bildungsstudien Rechnung getragen werden. Diese haben gezeigt, dass in den Ländern, in denen lange gemeinsam unterrichtet wird, und die individuellen Fähigkeiten gefördert werden das Lernniveau wesentlich höher ist, als in den Ländern, in denen frühzeitig die Schülerinnen und Schüler auseinander gerissen werden.

Nicht nur damit wurde eine deutliche Alternative zu der CDU/FDP Landesregierung aufgezeigt, die mit aller Macht versucht, zu einer Bildungspolitik der 50er Jahre zurückzukehren. Auch mit dem Antrag „Haushaltslöcher nicht mit Bildungslücken auffüllen“, kritisierte die LDK die Hochschulpolitik der Landesregierung, die mit willkürlichen Hochschulschließungen nicht nur versucht den Haushalt zu sanieren, sondern auch den Hochschulstandort Niedersachsen aufs Spiel setzt.

Abgerundet wurde die LDK durch einen Antrag zur Stärkung der Kommunen bei der bevorstehenden Auflösung der Bezirksregierungen und der damit verbundenen Verwaltungsreform.

Alle Beschlüsse findet ihr im Internet unter www.gruene-niedersachsen.de/ldk.

Fortsetzung von Seite 1

Bekanntnis, dass Hannover eine soziale, ökologische und weltoffene Stadt bleiben muss. Daher wurden nicht alle Einsparvorschläge akzeptiert. Besonders dort, wo Einsparungen zu Lasten einer familienfreundlichen Stadt gehen, legte die Mitgliederversammlung ihr Veto ein. Unsere Gesellschaft ist noch weit davon entfernt, Eltern ein Leben mit Kindern und Beruf zu ermöglichen. Da kann es nicht sein, dass hier zusammengestrichen wird. Wir setzen uns daher weiterhin für eine qualitativ gute Versorgung in der Kinderbetreuung ein.

Den Weg in die Beschäftigung fördern

Ebenso hat die Mitgliederversammlung beschlossen, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen bei der kommunalen Beschäftigungsförderung nicht im vollen Umfang akzeptiert werden. Hier gibt es erfolgreiche Projekte, die den Weg zurück auf den Arbeitsmarkt ermöglichen. Auch mit Blick auf die bevorstehenden Reformen auf Bundesebene ist eine Kürzung in dem von der Verwaltung vorgesehenen Umfang nicht hinnehmbar.

Im Einzelnen fordert die Mitgliederversammlung insbesondere folgende Änderungen:

- **Wir wollen die Ganztagsbetreuung in den Kindergartengruppen und den Krippen/Krabbelstuben-Gruppen erhalten.** Die Umwandlung von 100 Kindergartengruppen sowie von 25 Krippen/Krabbelstuben-Gruppen von Ganztags- auf 2/3-Betreuung lehnen wir ab. Die Auswirkungen einer Verkürzung der Betreuungszeiten auf die Möglichkeit für Eltern (und hier besonders für Mütter) berufstätig zu sein, sind ebenso nicht hinnehmbar, wie die daraus entstehenden Folgen auf die Arbeitsplätze in Kindertagesstätten, die in erster Linie von Frauen besetzt sind.
- **Die durch die Einführung der Verlässlichen Grundschule freigewordenen Mittel sollen der Schulkinderbetreuung zugute kommen.** Diese Mittel sollen in der gesamten Höhe

von 1,1 Millionen Euro weiterhin für die Verbesserung der Situation in der Schulkinderbetreuung eingesetzt werden.

- **Die Schließung des Jugendzentrums Feuerwache in der Nordstadt sowie des Spielparks List sind für uns nicht nachvollziehbar.** Deshalb fordern wir ein Gesamtkonzept für den Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit unter Beibehaltung der Konsolidierungssumme
- Die kommunale Beschäftigungsförderung muss fortgeführt werden. Hier soll insbesondere eine halbe Millionen Euro für Maßnahmen, die von freien Trägern genutzt werden, erhalten bleiben.
- **Es ist bei uns Konsens, dass auch die Bezirkräte einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.** Insofern akzeptieren wir die dort verankerte Einsparsumme. Ob diese durch die Reduzierung der Zahl der Bezirkräte oder aber zum Beispiel durch eine veränderte Form der Betreuung realisiert wird, ist für uns noch offen. Grundsätzlich treten wir auf dieser Grundlage für eine Kompetenzerweiterung der Bezirkräte ein, damit sie bürgerInnennah für ihren

Zuständigkeitsbereich mehr Verantwortung übernehmen können. Rechtzeitig vor der Kommunalwahl 2006 werden wir hierzu ein Konzept vorlegen.

- **Im Bereich städtische Beteiligungen setzen wir uns dafür ein, dass die städt. Zahlungen an den ProKlima Fond im vollen Umfang erhalten bleiben.**

Unstrittig ist, dass für die von uns nicht akzeptierten Kürzungen in anderen Bereichen, im gleichen Umfang gekürzt werden muss. Wenn wir nicht auf Dauer die Handlungsfähigkeit verlieren wollen, müssen wir es jetzt schaffen, den Haushalt wieder auf solide Beine zu stellen.

Zusätzliche Einsparungen

Daher hat die Mitgliederversammlung folgende zusätzlichen Einsparvorschläge beschlossen:

- 300.000 Euro durch Synergien im Bereich Tiefbau; durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Hannover AG
- 630.000 Euro durch 10% Zuschussreduzierung im Bereich Geoinformationen
- 1.400.000 Euro durch Verminderung des Zuschussbedarfs

Neuer Vorstand



Von links: Ludwig Hecke, Katrin Mohr, Mark Bindert, Anja Ritschel, Michael Pelke, Sabine Tegtmeier-Dette, Jens Allerheiligen, Gabi Böker

Auf der Mitgliederversammlung am 9.10.2003 haben wir einen neuen Kreisvorstand gewählt. Als neues Spitzenduo wurden Anja Ritschel und Michael Pelke gewählt. Vervollständigt wird der Vorstand durch den neuen Schatzmeister Jens Allerheiligen und die Beisitzerinnen und Beisitzer Sabine Tegtmeier-Dette, Gabi Böker, Katrin Mohr, Ludwig Hecke und Mark Bindert.

Neuer Internetauftritt der Grünen in der Region

Die Grünen in der Region Hannover sind über eine neue Internetseite zu erreichen. Unter der alten Adresse www.gruene-hannover.de öffnet sich ein komplett neues Angebot. Hier eine Übersicht über die neuen Möglichkeiten. Von Enno Isermann, Geschäftsführer.



Ein wichtiger Grund für den neuen Auftritt war die bessere Präsenz der Grünen Stadtteilgruppen. Diese sind nun unter der Seite „Hannover-Stadt“ direkt zu erreichen und können sich mit eigenen Meldungen und Terminen darstellen. Um dies zu ermöglichen war es nötig, eine komplette Erneuerung des Auftritts vorzunehmen.

Die Region auf einen Blick

Wir haben dies genutzt, um gleich ein gemeinsames Portal für alle Grünen in der Region Hannover zu schaffen. Damit sind wir nicht nur die erste Partei, die sich gemeinsam in der Region darstellt, sondern auch schneller, als die Region selber, die erst Anfang nächsten Jahres mit einem gemeinsamen Infoportal für die Region online geht. Zunächst ist das neue Portal mit den Seiten der Regionsfraktion und dem Kreisverband Hannover-Land

verlinkt. Schon in ein paar Wochen, werden diese aber direkt in das Portal eingebunden sein.

Ebenso sind unsere hannoverschen Abgeordneten Silke Stokar und Enno Hagenah direkt über die Startseite zu finden.

Durch diese Bündelung aller Grünen Strukturen in der Region sind künftig alle Informationen, Termine und Personen aus der Region schnell und einfach mit einem Klick zu finden.

Lust auf Stöbern

Der Auftritt soll auch Lust auf's Stöbern machen. So kann jede Meldung mit der entsprechenden Person verlinkt werden, die diese erstellt hat. Auf diesem Weg findet man gleich Hintergründe zu der Person und kann mit dieser Kontakt aufnehmen.

Ebenfalls neu ist die Möglichkeit, die Meldungen bestimmten Themen zuzuordnen. So kann

künftig nicht nur über die Suchfunktion nach bestimmten Schlagworten und Personen gesucht werden, sondern man kann sich auch auf einen Blick alle Meldungen zu einem bestimmten Thema anzeigen lassen.

Interaktiv

Neu sind auch zahlreiche Angebote, die die Internetseite zu einem vielfältigen Infoportal machen. So ist es möglich, über das Gästebuch zu aktuellen Themen Stellung zu beziehen. Auch werden nach und nach Linklisten angelegt, über die alle interessanten Grünen Seiten, Verbände und Initiativen zu erreichen sind. Auch die Bestellung

unseres Newsletters ist über das Eintragen in die Mailingliste ganz einfach zu machen.

Opensource

Realisiert wird der Auftritt von der Berliner Agentur werk21. Diese hat für mehrere Grüne Abgeordnete und auch für den Bundesverband der Grünen Jugend den Internet Auftritt gemacht. Dadurch hat die Agentur gute Einblicke in Grüne Strukturen und Bedürfnisse. Computer Freunde wird freuen, dass das Redaktionssystem auf einem Opensource Produkt basiert.

Anregungen?

Selbstverständlich ist der Auftritt noch im Aufbau und wird wohl nie ganz fertig werden. Daher freuen wir uns über Anregungen und Kritik – am besten ganz einfach über die Kontaktseite unter

www.gruene-hannover.de

Schulstrukturreform in Hannover

So schnell kann's gehen. Die neue Landesregierung beschließt ein neues Schulgesetz, welches die Orientierungsstufe abschafft und innerhalb eines guten halben Jahres musste dies vor Ort in die Praxis umgesetzt werden. Die Grünen haben hierbei von Beginn an tatkräftig mitgeholfen - denn was nützt der Verweis darauf, dass wir diese Schulstrukturreform für den Schritt in die falsche Richtung halten. Schließlich geht es darum, dass alle Kinder, die heute noch die vierten und fünften Klassen besuchen, wissen sollen, wo sie nach den Sommerferien 2004 zur Schule gehen.

Es handelte sich hierbei um keine leichte Aufgabe, da noch völlig in den Sternen steht, wie viele Schüler (bzw. ihre Eltern) nach der vierten Klasse das Gymnasium, die Realschule, die Hauptschule oder doch lieber die IGS anwählen werden. Eins war klar: die Schulwege werden sich für die meisten verlängern und es wird erhöhten organisatorischen Aufwand durch Außenstellen geben.

Wir haben uns von Beginn an dafür eingesetzt, dass es eine Beteiligung der Schulen und Eltern am Umsetzungskonzept gibt, um den dort vorhandenen Sachverstand zu nutzen, und um möglichst Kompromisse zu erarbeiten, die für alle tragbar sind. Durch die Einsetzung eines Arbeitskreises, der für seine kompetente und engagierte Arbeit von allen Seiten zu Recht viel Lob bekommen hat, ist dies auch in fast allen Fällen gelungen. Dieser Erfolg wird dann auch nicht von dem einen Konflikt geschmälert, der übrigblieb: Döhren.

Man muss dabei berücksichtigen, dass es sich hier, wie in den meisten Fällen, um eine temporäre Lösung handelt, die spätestens in vier Jahren überprüft wird. Es wird genau zu beobachten sein, wie sich die Schülerzahlen und das Anwahlverhalten an den einzelnen Standorten entwickeln. Hierbei wird auch die weitere Begleitung durch den vom Schulausschuss eingesetzten Arbeitskreis eine gute Hilfe sein.



AUS DEM BUNDESTAG

Luftsicherheitsgesetz

Nach schwierigen Verhandlungen hat das Luftsicherheitsgesetz am 05.11. das Kabinett passiert. Auch mit den grünen Verhandlungserfolgen bleibt es problematisch.

Den Befehl zur Anwendung von Waffengewalt kann der Verteidigungsminister nur geben, wenn das Flugzeug von Terroristen als Waffe eingesetzt wird. Der Einsatz der Bundeswehr ist sofort nach Beseitigung der Gefahr zu beenden. Grundsätzlich bleibt die polizeiliche Zuständigkeit auch bei der Abwehr von Gefahren aus der Luft. Eine Erweiterung der Befugnisse der Streitkräfte im Innern lehnen wir klar und unmissverständlich ab. Es gibt keine grüne Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr im Innern. Wir haben mit dem Luftsicherheitsgesetz jetzt dafür gesorgt, dass die geltende Verfassungslage konkretisiert und präzisiert wird.

Die Neuregelungen umfassen:

- Zusammenfassung der Luftsicherheitsvorschriften in einem Gesetz, Straffung der Zuständigkeiten durch Übertragung der zersplitterten Kompetenzen (BMVBW und BMI) auf das Bundesinnenministerium
- Umsetzung der Vorschriften der EU-Luftsicherheitsverordnung
- Ausdehnung der Zuverlässigkeitsüberprüfungen auf Flugschüler und Luftfahrer
- Regelung der Staatshaftung bei zivilen Schäden
- den Einsatz von Waffengewalt als allerletztes Mittel

Internationaler Terrorismus

Die Anschläge im Vorfeld des Seker Bayrami (Fest des Fastenbrechens) machen deutlich dieser Terror ist auch ein Angriff auf die Tradition der islamischen Religion. Die Muslime in Deutschland wollen und müssen wir gewinnen für einen gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Menschenrechte und Demokratie sind die gemeinsamen europäischen Werte in der

Auseinandersetzung mit Terror und Totalitarismus. Wir werden dauerhaft in Europa und in den G9-Staaten nicht in Sicherheit leben können, wenn wir den Menschen in den arabisch, islamischen Ländern nicht eine Zukunftsperspektive geben. Polizeiliche und gesellschaftliche Strategien sind kein Gegeneinander, sie müssen sich sinnvoll ergänzen. In diesem Sinne werden wir die grüne Innenpolitik im Jahr 2004 fortsetzen.

Einführung biometrischer Daten in Visa und Aufenthaltserlaubnisse

Es wurde eine Einigung über die Einführung biometrischer Merkmale in Visa und Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige erzielt. Künftig soll das Gesichtsbild und die Abdrücke von zwei Fingern in einem in den Dokumenten enthaltenen Chip gespeichert werden. Die Einführung soll nach einer Übergangszeit von drei Jahren nach Vorliegen der technischen Spezifikationen erfolgen. In einem zweiten Schritt sollen Vorschläge zur Einführung biometrischer Merkmale in Pässen für Unionsbürger vorgelegt werden. Dieser Prozess muss nach Auffassung von Silke Stokar kritisch begleitet werden, vor allem, was die Kostenseite und Ausgereiftheit der Systeme anbelangt.

Der grüne Datenschützer

Peter Schaar ist neuer Datenschutzbeauftragter der Bundesregierung. Der ehemalige Landesvorsitzende der Hamburger Grünen übernimmt das Amt von Joachim Jacob (FDP). Der 49-jährige Volkswagen arbeitet seit langem für den Datenschutz. Aufgrund seiner vielseitigen Erfahrung aus Politik und Wirtschaft bringt er beste Voraussetzungen für sein neues Amt mit. Die positive Kommunikation des Datenschutzes ist Schaares Hauptziel. Besonderen Wert legt er auf den Schutz der Privatsphäre.

Nächste Bürgersprechstunden:

22.01. und 19.2.04 von 16 bis 18 Uhr, Grünes Zentrum, WK-

Eure Silke Stokar
silke.stokar@wk.bundes
tag.de



Zwei Jahre Region Hannover

Gemeinsam gewinnen!

Zeit für eine kleine Zwischenbilanz: Erstens kommt es anders, und zweitens, als man denkt. Alles im allen kann sich die Region Hannover nach zwei ereignisreichen Jahren aber sehen lassen.

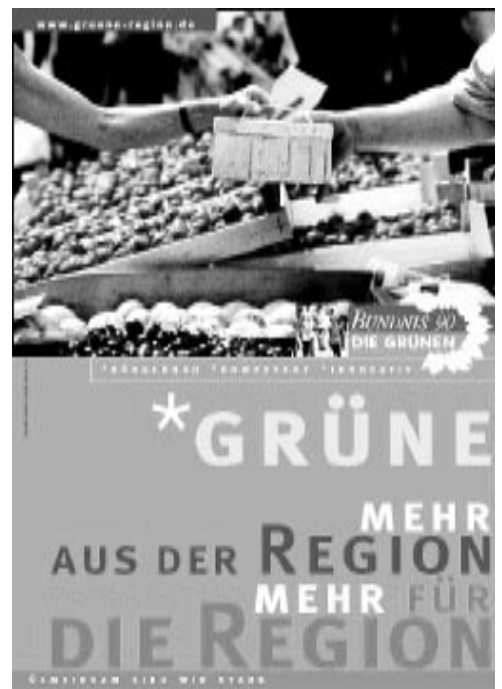
Von Serdar Saris und Androsch Wyborny

Was mit dem „blauen Papier“ von Jobst Fiedler, damals Hannovers Stadtdirektor, Herbert Droste, ehemaliger Oberkreisdirektor, und Valentin Schmidt, ehemaliger Verbandsdirektor des Kommunalverband Großraum Hannover (KGH), im Jahre 1996 begonnen hatte, wurde am 1.11.2001 Realität: Die Region Hannover entstand.

Ziel dieses bundesweit einzigartigen Modellprojektes war vor allem:

- ein Vorteils- und Lastenausgleich zwischen den Kommunen
- mehr Transparenz bezüglich der politischen und finanziellen Verantwortung
- eine eigenständige politische Verantwortung der Region
- eine Bündelung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen statt Konkurrenz der Gemeinden
- eine effizientere und bürgerorientierte Verwaltung sowie
- eine verbesserte Außendarstellung der Region Hannover herzustellen.

Neben den vom KGH bekannten Aufgaben wie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Regionalplanung, Wirtschaftsförderung und regionale Naherholung kam als neuer zentraler Punkt der soziale Lastenausgleich zwischen Stadt und Umland hinzu. Da die Umlandgemeinden an einer leistungsfähigen Kernstadt Hannover interessiert waren, konnte man sie dazu gewinnen,



einen Teil der sozialen Lasten auf die Schultern aller 21 Kommunen der Region zu verteilen. Dieser durchaus revolutionäre Ansatz mündete darin, dass die Region örtlicher Träger der Sozialhilfe geworden ist. Das bedeutet: während 67% aller HLU-Empfänger in Hannover wohnen, finanziert die Landeshauptstadt Hannover (LHH) nur zu 55% die Regionsumlage: Bei allein fast 200 Mio. Ausgaben in der Hilfe zum Lebensunterhalt also schon ein dicker zweistelliger Millionenbetrag als Entlastung für die LHH.

Was im „blauen Papier“ so schön stand, stellte sich in der Realität aber als weitaus schwieriger dar. Die geistigen Väter der Region hatten nämlich nichts darüber gesagt, dass mit der Bildung der Region auch die nicht gelösten Probleme von LHH, KGH und Landkreis auf die Region übertragen wurden. Und nicht berücksichtigt wurde die Tatsache, dass die Übernahme sozialer Lasten durch alle 21 Kommunen der Region Hannover nur so lange

getragen wird, solange die Kosten für die einzelnen finanzierbar sind, bzw. entsprechende Synergieeffekte erzielt werden können. Als zusätzlich fatal wirkte sich ein Konstruktionsfehler bei der Regionsbildung aus: der finanzielle Bedarf der Region war falsch berechnet worden.

Problem 1: Unterfinanzierung durch den Modellhaushalt

So ging der Modellhaushalt der Region noch von einem Defizit von ca. 25 Mio. Euro aus. Dieses Defizit sollte durch die Synergieeffekte der Region bis 2006 ausgeglichen werden. Es erwies sich im Nachhinein, dass neben der bekannten Gewerbesteuerkrise, der Sozialhaushalt im Jahre 2002 mit über 20 Mio. Euro unterfinanziert war. Kurioser Fehler: bei Teilen der Berechnung der Sozialhilfekosten der LHH wurde das 4. Quartal in Höhe von 7 Mio. Euro einfach weggelassen.

Hinzu kommt, dass bis zur Gründung der Region die Anzahl der Sozialhilfeempfänger bundesweit gesunken war. Seit 2001 steigen die Zahlen jedoch wieder.

So wird die Region von zwei Seiten unter Druck gesetzt: Einerseits sinken in wirtschaftlich schweren Zeiten die Steuereinnahmen der Kommunen und damit der Anteil der Region, andererseits steigen die Ausgaben für die Sozialhilfe. Mittlerweile hat der Regionshaushalt ein strukturelles Defizit von über 100 Mio. Euro. Besonders durch Anstieg des Zuschussbedarfs in der Sozialhilfe von 2002 bis 2004 um über 43 Mio. Euro.

Problem 2: Altlasten von LHH, KGH und Landkreis

Da die Region bei ihrer Gründung nicht vom Himmel fiel, übernahm sie natürlich alles Gute, aber auch alle Altlasten ihrer Vorgängerkörperschaften:

- Sowohl Landkreis als auch LHH hatten es aus politischer Opportunität trotz erheblich gestiegener Kosten versäumt, die Abfallgebühren zu erhöhen.
- Die Region hat eine Unzahl von Beteiligungen geerbt, die sich als Geldfass ohne Boden herausstellten: Genannt seien hier nur die Verkehrslenkungs-gesellschaft MOVE oder die Beschäftigungsgesellschaft

HRB. Schlimmer noch war die Situation beim TCH (Technologie Centrum Hannover). Der ehemalige Geschäftsführer konnte bis zum heutigen Tag nicht entlastet werden.

- Viele Gebäude, die die Region im Rahmen der Aufgabenübertragung von der LHH übernommen hat, waren in einem baulich katastrophalen Zustand. So ist der Sanierungsstau sowohl beim Klinikum, als auch bei Berufs- und Sonderschulen gewaltig.
- Bestimmte Strukturen waren veraltet und schlecht verwaltet: So existierten in den ehemaligen Landkreiskrankenhäusern zwei verschiedene nicht-kompatible Abrechnungssysteme.

Bei der Bewältigung dieser Altlasten hat die Region hervorragende Arbeit geleistet. Die Probleme wurden angegangen: Die Gebühren im Abfallbereich sind erhöht worden, obwohl dieses unpopulär ist. Die Beteiligungen wie Move, HRB sind neu organisiert und restrukturiert worden, und der „Sumpf“ beim TCH ist trocken gelegt worden. Die Sanierung und die Modernisierung der Strukturen von Schulen und Krankenhäusern konnte in Angriff genommen werden.

Problem 3: Fehlkonstruktion Jugendhilfelastenausgleich

Durch die Regionsbildung sollten wie bei der Sozialhilfe die Lasten der Jugendhilfekosten von allen 21 Kommunen gleichermaßen getragen werden. Im Regionsgesetz steht jedoch, dass Gemeinden über 30.000 Einwohnern ein eigenes Jugendamt einrichten können (und nicht

Fortsetzung Seite 6



AUS DEM LANDTAG

Nachtflugregelung am Flughafen Hannover

Die ungestörte Nachtruhe der BürgerInnen in und um Hannover ist für Wirtschaftsministerium und Aufsichtsrat der Flughafen-AG Hannover ein Störfaktor: Damit nämlich der Flughafen Hannover den Zuschlag für das Luftdrehkreuz der Post-Tochter DHL bekommen kann statt Leipzig, müsse unbedingt die bisherige Nachtflugregelung verlängert werden. Dass dabei tatsächlich rund 1000 neue Arbeitsplätze entstehen sollen, hält Enno Hagenah angesichts der harten Konkurrenz für eher unwahrscheinlich. Er vermutet, dass man mit Hilfe des Arbeitsplatz-Argumentes vor allem eine Aufweichung der Lärmschutzbestimmungen erreichen will. Der überregionalen Presse nach hat Leipzig im „Drehkreuzwettbewerb“ ohnehin die Nase deutlich vorn... Das Genehmigungsverfahren für die neue Nachtflugregelung läuft. Spätestens im Frühjahr 2004 soll der Abwägungs- und Abstimmungsprozess beendet sein. Im danach durchzuführenden Anhörungsverfahren erhalten auch die Anliegerkommunen des Flughafens Gelegenheit, zu der beabsichtigten Neuregelung Stellung zu nehmen. Mit der endgültigen Entscheidung ist Ende des dritten Quartals 2004 zu rechnen. Die Landtagsfraktion wird jedenfalls alles tun, um den Prozess am Kochen zu halten und im Sinne des Lärmschutzes zu beeinflussen.

Von wegen Versorgungs- mentalität:

Die Landtagsgrünen wollen in Niedersachsen das Rentenalter für MinisterInnen und Abgeordnete von bisher 55 Jahren auf 65 Jahre heraufsetzen. Einen entsprechenden Antrag hat Enno im Dezemberplenum vorgelegt. „Es gehört zur politischen Glaubwürdigkeit, dass PolitikerInnen einen eigenständigen Beitrag zu den geplanten drastischen Einsparungen der öffentlichen Haushalte leisten,“ meint Enno dazu. „Was den BürgerInnen zugemutet wird, muss auch für PolitikerInnen gelten. Abgeordnete und MinisterInnen erhalten bisher im Vergleich zu

den BürgerInnen besonders schnell und besonders viel Ruhegeld.“ Nach Enno's Vorschlag soll die Steigerung der Versorgungsansprüche von Abgeordneten pro Mandatsjahr von derzeit 3,5 auf 2,5 Prozent gesenkt werden. Die maximale Altersentschädigung soll von 75 auf 60 Prozent gesenkt werden. Auch für MinisterInnen ist eine vergleichbare Anpassung vorgesehen. Enno erwartet von der Neuregelung Einsparungen von kumuliert rund 3 Millionen Euro pro Jahr.

Uni Göttingen ohne Nie- derdeutsch?

Die Proteste gegen die Kürzungen der Landesregierung im Hochschulbereich sind heftig. Auch Enno hält die Kürzungen für nicht nachvollziehbar und setzt sich vehement dafür ein, dass die Pläne der Landesregierung nicht umgesetzt werden. Wie es sich für einen richtigen Niedersachsen gehört, hat er dabei auch ein offenes Ohr für die Sorgen des niederdeutschen Studiengangs in Göttingen. Hier eine Anfrage, die ihn erreicht hat und seine Antwort:

Word Platt platt mokt?

Sörrer 50 Jahr word de platt-dütsche Sprok an de Uni Göttingen utforscht, leert, plegt. Dor weer sülvst in de Tied na'n Krieg Geld för geven. Nu schall dat vörbi ween. Dormit harrn wi ok en Stück Neddersassen verloren. Dat dröff nich ween! An de Uni Göttingen mutt de Arbeit för de ole Lannessprok wiedergohn! Weest so good un helpt Se uns dorbi.

Nedderdütsche Afdeelen von de Uni Göttingen

Ennos Antwort:

Veelen Dank för den Breef!

Die von de Grönen sünd ob Jan Sied. Wie hebbt dorvör Güld in den Hushalt von Neddersassen sammelt und wöllt dat bi de annern Parteien dörsetten. Wie höpt dat beste!

Enno Hagenah

Mehr Infos zur Landespolitik im Internet unter

Euer Enno Hagenah
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308





Fortsetzung von Seite 5

müssen!) und dann bis zu 80% der Kosten von der Region erstattet bekommen. Ziel war es eine möglichst bürgernahe dezentrale Versorgung aufzubauen. Leider haben nicht alle in Frage kommenden Kommunen die Option der örtlichen Trägerschaft der Jugendhilfe wahrgenommen. Während Lehrte, Burgdorf, Langenhagen, Laatzen und Springe eigene Jugendämter hatten oder eingerichtet haben und damit 20% der Kosten selber tragen, verweigern Städte wie Barsinghausen, Garbsen, Neustadt und Wunstorf aus Kostengründen die Gründung eines eigenen Jugendamtes. Hinzu kommt die Sonderstellung der LHH als örtlicher Träger der Jugendhilfe mit eigenen Standards und Traditionen, die in vielen Bereichen zu Konflikten mit dem Regionsjugendamt führen. Die Lücke im Regionsgesetz führt hier zu einer neuen Unübersichtlichkeit, bei der sich die beteiligten Kommunen schnell übervorteilt fühlen. Der erste Schritt hin zu einer Lösung ist jetzt in Aussicht. Es wird über eine Vereinbarung über die pauschale Erstattung bei den Jugendhilfekosten mit den Kommunen mit eigenen Jugendämtern (incl. LHH) für die nächsten zwei Jahre verhandelt. Das Problem der „Jugendamtsverweigerer“ ist aber nicht gelöst und kann nur auf Landesebene angegangen werden.

Neue Regions-Projekte

Ungeachtet der oben genannten Probleme und den schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, ist es um so erfreulicher, welche Vielzahl von Projekten und Neuorganisationen in den letzten zwei Jahren erfolgreich von Verwaltung und Politik realisiert werden konnten:

- Durch die Regionsbildung wurden bereits erhebliche Synergieeffekte in Millionenhöhe durch Verwaltungsvereinfachung erzielt. So zahlen die Umlandgemeinden bereits

deutlich weniger Umlage als im alten Landkreis Hannover.

- Die Sparkassen konnten erfolgreich zur Sparkasse Hannover fusionieren.

- Die Berufsschulen wurden bei der Region zusammengeführt und wirtschaftlicher und bedarfsgerechter organisiert.
- Die gesamte Abfallwirtschaft wurde regionalisiert und vereinheitlicht, sowohl die Betriebsstruktur (GmbH im Landkreis, Eigenbetrieb in der LHH) als auch Satzung und Gebühren. Oberstes Ziel der Müllpolitik ist jetzt in der gesamten Region die Abfallvermeidung. Mit der Entscheidung für die Mechanisch Biologische Abfallbehandlung konnte der notwendige Schritt in Richtung ökologischer und kostengünstiger Abfallpolitik vollzogen werden. Die Müllverbrennung wurde auf das gesetzliche und vertraglich gebundene Mindestmaß reduziert.
- Die verschiedenen Modelle der Beschäftigungsförderung beim Programm Hilfe zur Arbeit wurden regionalisiert. Die Region fördert jetzt im Rahmen gemeinsamer Richtlinien Beschäftigungsmaßnahmen im gesamten Regionsgebiet im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt.
- Für die Schulen für geistig Behinderte wurde ein einheitliches Konzept beschlossen, für die übrigen Sonderschulen (Sprach-, Sehbehinderte etc.) folgt dies im Jahre '04
- Ein neuer ehrgeiziger Nahverkehrsplan konnte verabschiedet werden.
- Erstmals gibt es Förderprogramme für regenerative Energien mit einheitlichen Richtlinien.
- Die Schülerbeförderung für behinderte SchülerInnen wurde neu ausgeschrieben und konnte kostengünstiger organisiert werden.
- Das Jobprojekt Hannover-Impuls wurde gegründet, um die Wirtschaftsförderung

zielgenau zu bündeln.

- Die Beteiligungen beim HRB, TCH, EiH wurden komplett reorganisiert. Vision Connect wird verkauft, Hannover-Online (hannover.de) wird eine eigenständige Firma.

Grossaufgabe Klinikum

Mit der Übernahme des Klinikums Hannover per Gebietsänderungsvertrag am 1.1.2003 und dem geplanten organisatorischen Zusammenschluss mit den sechs Krankenhäusern des ehemaligen Landkreises zum 1.1.2005 wird einer der größten Klinikverbünde der Bundesrepublik entstehen. 13 Häuser mit über 8.000 Beschäftigten werden für die regionale Gesundheitsversorgung verantwortlich sein. Mit dem Beschluss zur Gründung einer gemeinsamen GmbH hat Rot-Grün die Weichen für ein zukunftsfähiges und wettbewerbsfähiges Gesundheitsunternehmen in öffentlicher Trägerschaft für die Bürgerinnen und Bürger der Region gestellt. Mit der Zusicherung, dass die erworbenen Rechte der Beschäftigten in einem Tarifvertrag gesichert werden, konnte auch die Zustimmung der PersonalvertreterInnen erlangt werden.

Neben der Neuorganisation und Angebotsplanung für das neue Krankenhausunternehmen laufen viele weitere neue Projekte in der Region:

- Mit der Realisierung einer regionsweiten datenbasierten Sozialraumbeschreibung sollen die sozialen Probleme besser lokalisiert und Gegenmaßnahmen ergriffen werden.
- Der Behindertenfahrdienst wird regionalisiert, die Versorgung muss für alle Betroffenen auf gleichem Niveau organisiert werden.
- Nach der Regionalisierung der Abfallwirtschaft wird jetzt an einem gemeinsamen Abfallwirtschaftskonzept gearbeitet.
- Ein neues Naherholungskonzept ist in Arbeit.
- Die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) wird im Jahre 2004 in seine entscheidende Phase treten.
- Eine gemeinsame Rettungsleitstelle von Region und LHH steht auf der Tagesordnung.
- Die Haushaltskonsolidierung muss weiterbetrieben und

politisch begleitet werden.

- Der öffentliche Nahverkehr muss fit für den Wettbewerb gemacht werden.

Was fehlt?

Betrachtet man die bewältigten Aufgaben, so ist es um so bedauerlicher, dass die Region in der öffentlichen Wahrnehmung in den letzten Jahren oftmals schlecht abgeschnitten hat. Vor allem durch die Diskussion um die Entsorgung von Grünschnitt wurde das Image der Region schwer belastet. Hier zeigt sich ein deutliches Problem: Es existiert noch keine regionale Identität, sobald ernsthafte Probleme auftauchen, neigen die Akteure dazu in alte Denkmuster zu verfallen. Schuld sind dann abwechselnd, je nach Standpunkt, die Landeshauptstadt, der KGH oder der Landkreis. Hinzu kommt, dass die Region noch kein schlüssiges und erfolgreiches Öffentlichkeitskonzept entwickelt hat. Die Verwaltung reagiert nur und agiert wenig. Einen Großteil der teilweise absurden Diskussionen um die Abfallpolitik hätte man sich durch behutsameres Vorgehen und eine bessere Informationspolitik sparen können. Es ist zu hoffen, dass die Region durch den Kompromiß beim Grünschnitt offensiver ihre Erfolge in den Vordergrund stellen kann. Auch beim Thema Verwaltungsreform und BürgerInnenorientierung besteht noch erheblicher Handlungsbedarf.

Zur Region gibt es keine Alternative

Bei allen Erfolgen der letzten Jahre: Es besteht durchaus die Möglichkeit des Scheiterns der Region Hannover. Wenn sich der CDU-Kurs unter dem Motto „Vorwärts nach Rückwärts“ in der Region durchsetzt, haben wir schnell wieder die alten Landkreis- und Landeshauptstadts Grenzen. Nur der KGH ist

Serdar Saris,
Fraktionsvorsitzender der Grünen in der Region



Androsch Wyborny,
Fraktionsgeschäftsführer der Regionsfraktion.



Unterschiede tolerieren

Seit zwei Jahren gibt es erstmals in zwei Hannoverschen Bezirksräten schwarz/grüne Mehrheiten. Heidi Ritzer-Bruns, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bezirksrat Mitte und Eva-Maria Hartmann, stv. Bezirksbürgermeisterin in Döhren/Wülfel berichten von ihren Erfahrungen zur Halbzeit.

Schwarz-Grün im Bezirksrat Mitte

Die „Geschichte“ unserer schwarz-grünen Zusammenarbeit im Bezirksrat 2001 bis 2006 begann einen Tag vor der ersten Bezirksratssitzung im November 2001, nachdem die Gespräche mit der SPD in erster Linie aus inhaltlichen Gründen (Prioritätensetzung für das Ökologische Platzprogramm) gescheitert waren. Fiel uns „Wiederholern“ diese Wendung schwer (vermutlich auch aus Gewohnheitsgründen, denn wir hatten manche Fraktionssitzung gemeinsam mit unseren „großen Brüdern und Schwestern“ diskutiert und gestritten), sprachen sich beide neugewählte grüne Bezirksratsmitglieder interessanterweise spontan für eine Zusammenarbeit mit der CDU aus. Stil und Taktik der SPD'ler während der vorangegangenen Gespräche hatten sie erschreckt, sprich abgeschreckt. Das Feeling der Neuen bestätigte sich, als nach der Bürgermeisterwahl ans Licht kam, dass die SPD zeitgleich zu unseren Treffen auch mit der CDU ernsthafte Gespräche bezüglich Zusammenarbeit geführt hatte, ohne dass wir informiert waren. Diese Täuschung rehabilitierte unsere „Treulosigkeit“ sozusagen.

sachlich und fair

Die bisherige Zusammenarbeit mit der CDU kann man als sachlich und sehr fair bezeichnen. Absprachen werden gehalten, unterschiedliche Meinungen akzeptiert. Beide Fraktionen stellen ihre Anfragen/Anträge, beraten über Verwaltungsdrucksachen und geben einander vorab ihre Abstimmungstendenz bekannt. Bei bisher wenigen kritischen Punkten wurde vor der Sitzung länger gemeinsam diskutiert. Da unsere Verabredung nicht beinhaltet, ständig einheitliche Fraktionsbeschlüsse zu fabrizieren, haben die früheren stundenlangen Diskussionen mit

der SPD ein Ende, die versuchte, uns „auf Linie“ zu bringen (da zahlenmäßig in der Überzahl). Gegenseitige Tabuzonen werden toleriert. Wenn die CDU z.B. gemäß ihrer langjährigen Parteilinie Straßenbeitragsgebühren von Anliegern ablehnt (Forderung der Umlage auf alle SteuerzahlerInnen), stimmen wir wie früher dafür - inzwischen ja auch mit Rückendeckung des Urteils vom OLG Lüneburg.

In Sachen Verkehrspolitik trugen vor allem die jüngeren CDU-Mitglieder zu zeitgemäßerem Ansichten und entsprechendem Abstimmungsverhalten bei.

Integration im Stadtteil

Sehr positiv finde ich, dass die CDU jetzt im Gegensatz zur letzten Wahlperiode selbst Antragstellende (Vereine u.a.) aufgreift und Mittelvergabe anträge einbringt, während früher lediglich SPD und GRÜNE als „Beglücker“ wirkten und die CDU eher passiv dafür oder dagegen stimmte - vermutlich lag das an den Erfahrungen längerer Jahre in der Minderheit als Opposition (d.h. alles wurde abgelehnt). Die neue Konstellation im Bezirksrat Mitte bewirkte unserer Ansicht nach durch die heute vorhandene Aktivität aller Parteien eine gute Integration. Das bedeutet nicht, dass man einer Meinung ist, sondern dass man miteinander redet und sich darauf verständigt, was möglich ist. Was das Klima betrifft: es wird mehr gefrozzelt als polemisiert, das tut der Politik sicher gut.

Es wird noch spannend...

Spannend wird es sicher noch einmal, wenn Sonja Eick das Bezirksbürgermeisteramt für die

Heidi Ritzer-Bruns
Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bezirksrat Mitte



Schwarz-Grün in Döhren/Wülfel

Die 2 jährige schwarz – grüne Zusammenarbeit in unserem Stadtbezirksrat ist von Sachlichkeit und gegenseitiger Akzeptanz geprägt.

Die im Vorfeld durchgeführten Gespräche erzielten einen Kooperationsvertrag, in dem gemeinsame und eigenständige Anträge und Initiativen festgehalten wurden.

Diese sind im wesentlichen in den letzten Jahren berücksichtigt und abgearbeitet worden.

gemeinsam und eigenständig

Es gab gemeinsame Anträge mit der CDU, grüne Anträge, die die CDU, als auch die SPD unterstützte und in jüngster Vergangenheit auch immer wieder interfraktionelle Anträge.

Unser grünes Profil und unsere Eigenständigkeit ist nicht in den Hintergrund gerückt, sondern wird durch die erfolgsorientierte Arbeit geachtet.

Wir haben die absolute Freiheit, eigene Wege zu gehen und Anträge auch mit Mehrheiten der SPD durchzusetzen.

Auf die Probleme vor Ort konzentrieren

Bundespolitische Themen, Verteilungspolitik und bundessozialpolitische Fragen werden nur am Rande diskutiert und haben keinen irritierenden Einfluss auf die Bezirksratsarbeit, die sich auf die Probleme vor Ort konzentriert.

Nach Absprache mit dem Bezirksbürgermeister Herrn Kirse, CDU, verläuft die Wahrnehmung öffentlicher Termine unproblematisch und vertrauensvoll und im Hinblick auf verschiedene Interessensgebiete. Als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin nehme ich vielfach Termine im Sozial- und Umweltbereich wahr.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die Bezirksratsarbeit in Döhren immer häufiger interfraktionell der Sache dienlich ist. Dieses wurde jüngst bei der Entscheidung des Schulstandortes der Kardinal-Bertram-Schule deutlich.

Eva-Maria Hartmann
stv. Bezirksbürgermeisterin in Döhren/Wülfel



Gegen Geschäfte mit Atomkraft!

Unsere Vorsitzenden Anja Ritschel und Michael Pelke haben unseren Bundesvorstand und unsere Minister Jürgen Trittin und Joschka Fischer mit einem Fax aufgefordert, alles gegen den Verkauf der Hanauer Plutoniumfabrik nach China und die Bürgerschaft für den Bau eines AKWs in Finnland zu tun. Wer es mit dem Ausstieg aus der Atomkraft im eigenen Land ernst meint, kann nicht den Ausbau in anderen Ländern fördern.

Während die Grünen wahrscheinlich die Bürgerschaft abwenden können, scheint der Verkauf der Plutoniumfabrik aus rechtlichen Gründen schwer zu verhindern zu sein. Wir hoffen, dass unsere Leute in Berlin dennoch weiterhin alles versuchen, dass auch dieses Atomgeschäft nicht zu Stande kommt!



Regionshaushalt für das Jahr 2004 beschlossen

Die Verhandlungen zum Regionshaushalt konnten schnell und zügig abgeschlossen werden. Grund dafür ist, dass der finanzielle Spielraum der Region zur Zeit ausgesprochen gering ist.

Wichtigstes Ergebnis: Die rot-grüne Mehrheit folgt dem Vorschlag der Verwaltung die Regionsumlage auf nunmehr 408 Mio. Euro festzusetzen.

Beim Programm Hilfe zur Arbeit will Rot-Grün weiter Neuvermittlungen zulassen. In den Haushalt wiedereingestellt hat Rot-Grün 350.000 Euro zur Förderung von regenerativen Energien und für die energetische Sanierung von Sportvereinen.

ZOO-Yukon Bay: ja, aber...

Klar soll der Zoo Yukon Bay bauen. Aber die Region hat keine 24,4 Mio. Euro. Angesichts der beengten Haushaltslage wäre es unverantwortlich, soviel Geld in ein Projekt zu stecken und gleichzeitig z. B. im sozialen Bereich drastisch zu kürzen. Da der Zoo aber sehr beliebt, erfolgreich und für die Region Hannover auch sehr wichtig ist, will die Region die Hälfte der Summe (12,2 Mio. Euro) aufbringen, wenn der Zoo vorher Sponsoren für die anderen 12,2 Mio. Euro findet. Diese Zusage gilt nur bis 2007.

PendlerInnen-Kombi-Fernfahrkarte

Damit die Pendelfahrten der ÖPNV-NutzerInnen im Städtedreieck Hannover, Braunschweig, Göttingen erleichtert werden, soll sich die Region für eine Fernverkehrs-KombiCard einsetzen. Ziel ist eine kostenneutrale, leichter erwerb- und handhabbare Monatskarte für PendlerInnen in der Metropolregion. Langfristig soll ergänzend auch der Bartarif für diesen Bereich angestrebt werden.

Raumordnungsprogramm: "begrünter Entwurf wurde eingebracht"

Durch intensive Mitarbeit vieler Grüner und Interessierter konnte

ein umfangreicher Änderungsantrag zum Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) vorgelegt werden. Dieser enthält außer den üblichen grünen Forderungen zu den im RROP „vergessenen“ Themen (Naturschutz, Schutz von Boden, Rohstoffen, Wasser) auch die Anregung, Vorranggebiete für Tierhaltung auszuweisen. Damit soll verhindert werden, dass - wie in der Wedemark geschehen - sich in Zukunft unkontrolliert Mastanlagen in der Region Hannover ansiedeln können.

Wermuthstropfen: Im Freiraumgebiet „In der Rehe“ wird Wohnbebauung zugelassen. Das ist für uns eine bittere Pille, aber dem Ansinnen der Landeshauptstadt Hannover, in ihren Grenzen auch wenigstens ein Wohngebiet auszuweisen, um junge Familien halten zu können, ist berechtigt. Die Genehmigung an dieser etwas unglücklichen Stelle soll aber eine absolute Ausnahme bleiben.

Weiterer Verlauf beim RROP: 2004 läuft das Beteiligungserfahren für die Kommunen und Verbände. Im Herbst 2004 wird die Regionspolitik dann über diese Vorschläge beraten. Jetzt seid ihr also dran!

An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an all die vielen für die Supermitarbeit!

Konzept für die Schulen für geistig Behinderte beschlossen

Um dem gestiegenen Bedarf an Beschulungsmöglichkeiten für geistig behinderte Kinder gerecht zu werden, hat die Regionsversammlung einstimmig ein Konzept beschlossen, das auf vielfältige Maßnahmen setzt. Besonders wichtig ist uns das Ziel, weitere Kooperationsklassen an Grundschulen einzurichten.

Das bietet den Vorteil einer wohnortnahen Beschulung mit täglichem gemeinsamen Unterricht, wovon beide profitieren - Behinderte und nicht Behinderte, bei gleichzeitiger individueller Förderung der

Eure Regionsfraktion
gruene@region-hannover.de
 Tel.: 0511 616 22 084

Green the campus!

Der Alltag an der Hannoverschen Universität sah nicht zuletzt in Zeiten von Kürzungspolitik und Bildungsabbau trist und grau aus. Aber jetzt kommt Farbe an die Uni: Green the campus! Vor einigen Wochen haben wir uns zusammengefunden und eine Grüne Hochschulgruppe neu ins Leben gerufen. Seitdem trifft sich CampusGrün regelmäßig und diskutiert kontrovers ihre Positionen auf der eigenen Mailingliste. Von Jan Haude

Viel Eingewöhnungszeit in der Hochschulpolitik hatten wir nicht, da bereits Anfang des kommenden Jahres das Studentenparlament neu gewählt wird. Mit elf KandidatInnen tritt CampusGrün erstmalig wieder zu dieser Wahl an. Mit diesen und weiteren UnterstützerInnen leiten wir jetzt einen bunten grünen Wahlkampf ein, um am Ende ein gutes Wahlergebnis einzufahren.

Dabei treten wir mit einer Vielzahl von Themen an:

CampusGrün engagiert sich unter anderem für eine transparentere Hochschulpolitik, ein stärkeres Gewicht für ökologisch-orientierte Projekte und ein solidarisches Studieren.

Wenn also demnächst die Dächer der Universität mit Solarzellen gepflastert sind, wisst ihr, wer dies initiiert hat!

Zudem läuft an der Uni der Protest gegen das „Hochschuloptimierungskonzept“ und die Einführung von generellen Studiengebühren. Campus-Grüne beteiligen sich an den Diskussionen und Protesten.

Wer jungen Menschen weitere Zugangsbarrieren wie hohe Gebühren vorsetzt, muss sich



am Ende nicht wundern, wenn die Zahl der HochschulabsolventInnen weiter sinkt.

Wir verfolgen hierbei eine Politik, die eigene Konzepte und Visionen für die Hochschule von morgen hervorbringt, anstatt momentan anstehende Veränderungen nur zu blockieren.

Die Grünen haben an der Uni wieder eine starke Stimme! CampusGrün hofft auf eine gute



Jan Haude

Unsere Liste für das StudentInnenparlament: „Campus Grün-Die Grüne Hochschulgruppe“

- | | |
|------------------------------|-----------------------|
| 1. Kämpfe, Friederike | 10. Nebendahl, Martin |
| 2. Haude, Jan | 11. Reisner, Michael |
| 3. Geffers, Sandra | |
| 4. Hansen, Gunnar | |
| 5. Below, Tina | |
| 6. Pilarski, Darius | |
| 7. Guthaus, Andrea | |
| 8. Knorr, Konstantin | |
| 9. Krugmann, Caroline Sophie | |

Kontakt:

Email:
campus@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de/cg
 0511-8664658 (Friederike Kämpfe);
 0511-3534969 (Jan Haude)

Grüne Jugend für bessere Bildung

In ganz Niedersachsen und an vielen anderen Orten Deutschlands laufen zur Zeit an den Hochschulen die Proteste gegen Kürzungsorgien und allgemeine Studiengebühren.

Am Samstag, den 06. Dezember 2003, rief die GRÜNE JUGEND Niedersachsen zu einem landesweiten Aktionstag gegen Bildungsabbau auf. Einige Basisgruppen der GRÜNEN JUGEND waren diesem Aufruf gefolgt, so auch die GJ hier in Hannover!

Ein Bericht von Patrick Drenske, Grüne Jugend Hannover.



Um dem Vorhaben der CDU/FDP-Landesregierung, Bildung zu einem käuflichen Luxusgut für Wohlhabende umzuwandeln, spielerisch zuvorzukommen, haben wir schon jetzt mit dem Verkauf verschiedener Studiengänge begonnen. Zu diesem Zwecke wurde in Hannovers Innenstadt von uns ein „Bildungsbasar“ eröffnet.

Hier konnten die zukünftigen schlauen Köpfe unseres Landes Bildung, bzw. die Zulassung dazu, käuflich erwerben. Dazu hatte die GJH die geplanten Gebühren für ein Studium auf die jeweilige Regelstudienzeit hochgerechnet und präsentierte auf Verkaufsschildern die Zahlen: Jura für 5.499,- Euro, Politik im Sonderangebot für 2.499,- Euro und vieles mehr.

Besonders unsere dazu angefertigten Infoblätter mit Preislisten von Studiengängen fanden bei der jüngeren Generation viel

Zustimmung, ebenso wie die zum Nikolaus selbstgebackenen „Studienplätzchen“, die am Stand verteilt wurden.

In einer „Verkaufsshow“, die Amateurschauspieler und Überzeugungskünstler der GJH den PassantInnen à la „Hot 9 Live“ darboten, veranschaulichte die GJH, wie Studierende in Zukunft an ihren Studienplatz kommen: Bildung nur gegen Bezahlung!

Zu schaffen machte uns lediglich die eisige Kälte und der starke Wind. Alles in allem waren wir aber zufrieden mit dem Ergebnis unseres „Bildungsbasars“: Viele verteilte Flyer, hauptsächlich positive Gespräche mit PassantInnen und eine gelungene

Patrick Drenske



Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum! Interessenten sind herzlich Willkommen!



AUS DEM RATHAUS

Alle öffentlichen Drucksachen im Internet

Voraussichtlich ab dem 15. Dezember, vielleicht auch eine Woche später, wird die hannoversche Ratspolitik für alle etwas transparenter. Ab diesem Tag startet die Landeshauptstadt ihr neues e-government-Angebot „Sitzungsdienst der Landeshauptstadt Hannover“. BürgerInnen können ab sofort weltweit nachvollziehen welche Ratsgremien mit welchen Tagesordnungen und Abstimmungsergebnissen getagt haben oder demnächst tagen werden. Alle als „öffentlich“ ausgezeichneten Drucksachen sind ebenfalls ab sofort dort zu finden. Neben dem bürgerInnen-freundlichen Nutzen für Politikinteressierte, können Ratsherren und -frauen und vor allem Bezirksratsmitglieder nun schnell und flexibel an die nötigen Informationen gelangen, selbst im Urlaub (wenn man es denn unbedingt will). Die Adresse unter der dieses neue Angebot zu finden sein wird, lautet: <https://e-government.hannover-stadt.de/ratsinfo>.

Mehr Naturschutz in stadteigenen Wäldern

Der Rat hat am 13.11.03 über die Forsteinrichtung für städtische Wälder wie Eilenriede und Seelhorst für die Zeit 2002 bis 2012 entschieden. Wesentliche grüne Handschrift dabei: anstatt ca. 3 %, wie bislang, müssen nun 10 % der städtischen Wälder aus der forstlichen Nutzung herausgenommen werden. Sie bleiben einer aus Naturschutzsicht wünschenswerten natürlichen Entwicklung überlassen. Es handelt sich dabei nicht, wie ursprünglich vorgesehen, um aus Naturschutzsicht weniger bedeutungsvolle und zerschnittene Waldgebiete, sondern um landesweit für den Naturschutz bedeutsame Flächen. Aus der von der Verwaltung gewünschten Einnahmeerhöhung durch die Holzernte wird nun nichts, zumal hier nun hochwertige Eichenstämme geschützt werden müssen. Allerdings wird im Rahmen der Aufgabenkritik durch Reduzierung der Reinigungs- und Pfl-

gearbeiten weit mehr gespart, als an zusätzlichen Einnahmen verloren geht. Im übrigen war in die neue Forsteinrichtung auch ein grüner Ratsantrag aus dem Jahr 2002 zum Erhalt herausragend schutzwürdiger Bäume eingearbeitet worden. Also rundum ein erfolgreiches Ergebnis, welches in guter Zusammenarbeit mit dem BUND zustande gekommen ist.

Klärschlammverbrennung in Gümmerwald erfolgreich verhindert

Die Verwaltung hatte dem Werksausschuss für Stadtentwässerung bereits im Juni 2003 eine Drucksache vorgelegt, um die Ausschreibung für eine Klärschlammverbrennung am Standort der Kläranlage Gümmerwald zu beschließen. Die Grüne Ratsfraktion hat dazu einen Änderungsantrag initiiert. Maßgeblicher Inhalt unter anderen: Keine Verbrennung in Gümmerwald, eventuell bereits bestehende Verbrennungsanlagen nutzen (z. B. die in Hamburg), dabei Unterschreitung der in der 17. Bundesimmissionschutzverordnung gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte um mindestens 50 % sowie Quecksilber-Filter.

Da die SPD-Ratsfraktion partout in Gümmerwald verbrennen wollte und somit zwischen rot und grün keine inhaltliche Einigung erzielt werden konnte, einigte sich der rot-grüne Koalitionsausschuss auf Ablehnung der gesamten Verwaltungsvorlage. Damit ist das Thema Klärschlammverbrennung erst einmal vom Tisch.

Danke für 2003

Die Ratsfraktion und das Fraktionsbüro dankt allen LeserInnen der Grünen Seiten für die engagierte Unterstützung unserer Arbeit, durch Eure Arbeit vor Ort und freut sich auf eine konstruktive und für Grüne gezielte Zusammenarbeit im Jahre 2004. Gemeinsam haben wir viel erreicht!

Also: Frohe Weihnachten und ein gesundes und erfolgreiches

Eure Ratsfraktion
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

Orden für Grüne



So eine Ordensverleihung ist ja sowieso eine seltene Auszeichnung - aber wenn ein grünes Mitglied einen Orden verliehen bekommt, dann ist das natürlich - eine Frau! Bei den Bundesverdienstorden sind in den letzten Jahren „immerhin“ 20-25 % an Frauen verliehen worden, nachdem dies Anfang der 90er Jahre nur 15% und in den 50er Jahren sogar nur 2% waren.

Die Bundesverdienstmedaille hat Petra Nolte-Ngom nun vom Oberbürgermeister im Auftrag des Bundespräsidenten an die Brust geheftet bekommen, gemeinsam mit einer weiteren Bürgerin und drei weiteren Bürgern Hannovers. Das ganze in einem würdigen Festakt in der Ratsstube und im Kreis der Familie.

Petra hat diese Auszeichnung für ihr ehrenamtliches Engagement

im Verband Binationaler Familien und Partnerschaften (IAF) bekommen. Seit rund 20 Jahren arbeitet sie dort u.a. im Vorstand mit und setzt sich auf diese Weise für die Gleichberechtigung von Zugewanderten ein. Sie kümmert sich um Öffentlichkeitsarbeit als auch um ehrenamtliche Beratung, insbesondere bei Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Ehe und Familie/Beziehung, Eltern-Kind-Problemen und bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Noch immer sind bei Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund des Ausländerrechts hier etliche bürokratische und andere Hürden zu überwinden. Für diesen Einsatz für Toleranz und eine offene demokratische Gesellschaft hat sie auch aus unserer Sicht ihren Orden verdient!

Herzlichen Glückwunsch!

Wir brauchen Hilfe!

Zusammen mit der Landtagsfraktion und dem Landesverband beteiligen wir uns Anfang des Jahres jeweils mit einem Stand bei den Messen terra 2004 und dem Reisepavillon. Hierfür brauchen wir noch zahlreiche HelferInnen, die für einige Zeit die Standbetreuung mit übernehmen wollen.

Die terra 2004 findet statt vom 23.-25.1.2004, im Hannover Congress Centrum

Der Reisepavillon findet statt vom 6.-8.2.2004, auf dem Messegelände

Bitte meldet euch im Büro (Tel.: 0511 32 33 14, mail@gruene-hannover.de) wenn ihr auf einem der beiden Messen oder auch bei beiden für einige Zeit die Standbetreuung übernehmen wollt.

Danke!

TERMIN E

14.1., 17.00
Schul-AG, Grünes Zentrum,
Kontakt: Martina Raab, T.: 168
42 561, martina.raab.gruene@
hannover.stadt.de

15.1., 19.00
MigrantInnen-AG, Grünes Zent-
rum, Kontakt: Birgit Teschner, T.:
168 43 346, birgit.teschner.grue
ne@hannover.stadt.de

19.1., 15.30
Personal-AG, Grünes Zentrum,
Kontakt: Mark Meißner, T.: 168
45 250, mark.meissner.gruene@
hannover.stadt.de

20.1., 18.00
Kinder- und Jugend-AG, Grü-
nes Zentrum, Kontakt: Birgit
Teschner, T.: 168 43 346, birgit.
teschner.gruene@hannover.st
adt.de

26.1., 18.00
Kultur AG, Grünes Zentrum,
Kontakt: Martina Raab, T.: 168
42 561, martina.raab.gruene@
hannover.stadt.de

12.2., 18.30
MigrantInnen-AG, Grünes Zen-
trum, Kontakt: Birgit Teschner, T.:
168 43 346, birgit.teschner.grue
ne@hannover.stadt.de

17.2., 18.00
Kinder- und Jugend-AG, Grü-
nes Zentrum, Kontakt: Birgit
Teschner, T.: 168 43 346, birgit.
teschner.gruene@hannover.st
adt.de

23.2., 18.00
Kultur AG, Grünes Zentrum,
Kontakt: Martina Raab, T.: 168
42 561, martina.raab.gruene@
hannover.stadt.de

**Zahlreiche weitere Termine
findet ihr unter [www.gruene-
hannover.de/termine!](http://www.gruene-hannover.de/termine)**

Grüne Jugend Hannover

Immer Mittwochs

Immer 18.00 Uhr

Immer Grünes Zentrum,
Senior-Blumenberg-Gang 1

Kontakt:

Kolja Muchow

Tel.: 807 69 38

Anna Osterhus

Tel.: 262 31 06

Bernhard Kass

Tel.: 215 87 07

gruenejugendhannover@
yahoo.de



IMPRESSUM

Die Grünen Seiten sind das Mitteilungsblatt des KV Hannover-Stadt von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/323314, Fax 323315 mail@gruene-hannover.de.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Enno Hagenah, Jeanette Weinrich, Androsch Wybornys, Martina Raab, Serdar Saris, Heidi Ritzer-Bruns, Eva-Maria Hartmann, Jan Hau-de, Patrick Drenke, Mark Meißner und Enno Isermann (V.i.S.d.P.)

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

"Grüne Seiten" werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen KV Hannover-Stadt verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im März 2004

**Bündnis 90/Die Grünen,
Senior-Blumenberg-Gang 1,
30159 Hannover,
Tel. 0511/323314,
Fax 32 33 15
E-Mail: mail@gruene-hannover.de
Internet: www.gruene-hannover.de**

Mitgliedsbeiträge und Spenden

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kto.-Nr. 8 451 100

BLZ 251 205 10
Bank für Sozialwirtschaft Hannover

**Übrigens: Der
Mitgliedsbeitrag
beträgt 1% des
Nettoeinkommens.
Beitragsanpassung
dringend erwünscht!**

**Hierzu reicht ein Anruf oder
eine Mail!**

**Auch Einzugsermächt-
igungen könnt ihr uns jetzt
ganz einfach telefonisch
oder per Mail erteilen!**